

Rede und Antworten der niedersächsischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, Birgit Honé, anlässlich einer Dringlichen Anfrage der FDP-Fraktion zum Thema

## **„Zukunft der Ämter für regionale Landesentwicklung“**

Hannover, 28. Februar 2018

„Sehr geehrter Herr Präsident!  
Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Niedersachsen hat sich – wie Konjunktur- und Bevölkerungsindikatoren zeigen – in seinen Regionen sehr unterschiedlich entwickelt. Die Disparitäten sind gewachsen. Das Stadt-Land-Gefälle hat sich deutlich verschärft.

Seit Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Ministerpräsident Weil im Jahre 2013 hat die Landesregierung diesem Trend entgegengewirkt. Zentrales Anliegen auch der neuen Landesregierung ist es, allen Teilen des Landes eine zukunftsfähige Entwicklung zu ermöglichen und die ländlichen Räume zu stärken. Dafür wird der seit 2013 begonnene Weg fortgesetzt.

Mit der Gründung der Ämter für regionale Landesentwicklung Braunschweig, Leine-Weser, Lüneburg und Weser-Ems zum 1. Januar 2014 wurden die maßgeblichen Aufgabenbestände der regionalen Landesentwicklung, der Regionalplanung, der Raumordnung, der Stadt- und Landentwicklung sowie der Wirtschaftsförderung zusammengeführt. Diese Bündelung staatlicher Aufgaben mit regionalentwicklerischen Bezügen in den Ämtern für regionale Landesentwicklung trägt insbesondere dazu bei, die Kommunen bei der Aufgabenwahrnehmung gezielt zu unterstützen. Die vier Ämter für regionale Landesentwicklung mit ihren elf Standorten sind damit einheitliche Ansprechpartner für Kommunen, Unternehmen, Verbände und Vereine, kurzum für alle regionalen Akteure in der Fläche. Außerdem sind sie für die operative Koordination der Förderung in der Fläche zuständig. Damit ist auch der Informationsfluss zwischen der kommunalen, der regionalen und der zentralen Landesebene zuverlässig in beide Richtungen in der Fläche gegeben.

Zwischenzeitlich haben sich die Ämter für regionale Landesentwicklung als Bindeglied zwischen Land und Regionen sowie Kommunen etabliert. Sie beraten und unterstützen potenzielle Projektträger dabei, Vorhaben auf den Weg zu bringen. Sie fungieren als Kümmerer und Vernetzungsplattform für die Akteure in den Regionen. Die Bündelung regionalpolitischer Aufgaben wird von den Kommunen grundsätzlich als sehr positiv eingeschätzt. Dies bestätigen die Ergebnisse einer Befragung der Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitevaluation der Ämter für regionale Landesentwicklung durch Herrn Professor Dr. Bogumil. Dies gilt ebenso für die Beurteilung der Zusammenarbeit der Kommunen mit den Ämtern. Die neu geschaffenen Landesbeauftragten werden in ihrer Rolle als Kümmerer in Bezug auf regionale Interessen von den Befragten mehrheitlich ebenfalls positiv wahrgenommen.

Die Landesregierung hat mit der Schaffung der Ämter für regionale Landesentwicklung in 2014 sehr frühzeitig die Stärkung der ländlichen Räume in den Mittelpunkt ihres Handelns gestellt. Damit, meine Damen und Herren, waren wir übrigens vier Jahre schneller als die Bundesebene, die dies jetzt im Rahmen der Koalitionsverhandlungen ebenfalls intensiv diskutiert hat. Dieses vorausgeschickt, beantworte ich die Dringliche Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

**Frage 1:** Auf der Grundlage welcher Kosten und welcher zu erbringenden Leistungen im Vergleich zu anderen vorliegenden Angeboten wurde die wissenschaftliche Evaluation der Ämter für regionale Landesentwicklung an den Bochumer Verwaltungswissenschaftler Professor Bogumil vergeben?

**Antwort Honé:** Das Kabinett beschloss am 10. Dezember 2013 die Gründung der vier Ämter für regionale Landesentwicklung Braunschweig, Leine-Weser, Lüneburg und Weser-Ems und sah für diese eine externe Evaluation vor. Gegenstand der wissenschaftlich fundierten Evaluierung war eine grundsätzliche Überprüfung, ob und inwieweit der neue Verwaltungsaufbau und die geschaffenen Organisationsstrukturen der vier Ämter geeignet sind, den mit ihnen angestrebten Zweck zu erfüllen.

Im Rahmen eines freihändigen Vergabeverfahrens gemäß § 3 Abs. 5 VOL/A wurden im Oktober 2014 fünf durch einschlägige Publikationen und Forschungsleistungen im Bereich der Politik und Verwaltungswissenschaften ausgewiesene Bewerber aufgefordert, ein Angebot für ein wissenschaftliches Konzept zu einer begleitenden Evaluierung der Ämter abzugeben. Aufgrund marktüblicher Entgelte wurden hierfür Kosten in Höhe von rund 150.000 Euro inklusive Umsatzsteuer veranschlagt.

Zwei der fünf Bewerber gaben ein Angebot ab: das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer in Höhe von 98.811,50 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer, und Herr Professor Dr. Bogumil in Höhe von 127.000 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. Die Auswertung der vorgelegten Angebote, die auf der Grundlage eines Anforderungsprofils an die zu erstellende Evaluierung erfolgte, fiel zugunsten des Angebots von Herrn Professor Dr. Bogumil aus. Die Auftragsvergabe erfolgte mit Vertragsschluss am 16. Dezember 2014.

Zu der Frage der Wirtschaftlichkeit im Vergleich zu anderen vorliegenden Angeboten wird auf den Abschlussbericht des 24. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vom 7. November 2017 „Rechtsverstöße bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in der Verantwortung der rot-grünen Landesregierung in Niedersachsen“, Drs. 17/8849, III 2.7, Seite 50, verwiesen.

**Frage 2:** Stimmt die Landesregierung der Schlussfolgerung aus dem Gutachten zu, „dass Niedersachsen als Flächenland bei den derzeitigen kommunalen Strukturen nur bei Inkaufnahme erheblicher funktionaler Defizite auf eine Mittelinstanz verzichten kann“? Wenn ja, warum?

**Antwort Honé:** Die Frage nach einer Renaissance der Bezirksregierungen als Mittelinstanz stellt sich für die Landesregierung ausdrücklich nicht. Um es klar zu sagen: Neue Bezirksregierungen wird es nicht geben. Das habe ich bereits bei der Vorstellung des Abschlussgutachtens zur begleitenden Evaluation der Ämter für regionale Landesentwicklung gesagt. Für die Landesregierung geht es allein um die Bündelung von für die regionale Entwicklung relevanten Aufgaben. Die Ämter für regionale Landesentwicklung bündeln bisher Aufgaben aus fünf Ressorts - dem Innenministerium, dem Wirtschaftsministerium, dem Landwirtschaftsministerium, dem Umweltministerium und eben aus meinem Ministerium -, freilich ganz überwiegend solche des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, wie etwa Regionalplanung und Raumordnung, Stadt- und Landentwicklung sowie die Domänen- und Moorverwaltung, und solche des Niedersächsischen Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, wie die Mitwirkung bei der EU-Förderung.

Die Ämter sind Mitglieder in den Begleitausschüssen des EFRE- und ESF-Multifondsprogramms sowie dem ELER-Programm PFEIL. Sie sind also auch hier maßgebliches Bindeglied zwischen Land und Region. Über die kommunalen Steuerungsausschüsse sind die Ämter - und damit die Regionen vor Ort - bei der Projektauswahl im Bereich regional bedeutsamer EU-Fördermaßnahmen des EFRE, ESF und ELER eingebunden. Im ELER-Bereich sind sie darüber hinaus für Bewilligungen im Bereich der Umsetzung der Ziele und Richtlinien, z. B. der Dorferneuerung und Flurbereinigung, zuständig.

Mit den Ämtern für regionale Landesentwicklung wurden handlungsfähige Verwaltungseinheiten in der Fläche geschaffen, um ressortübergreifende regionale Entwicklungskonzepte und Förderprojekte gemeinsam mit den regionalen Partnern vor Ort zu initiieren, zu koordinieren, zu bündeln und umzusetzen.

Ausweislich der Befragungsergebnisse im Kreise der Hauptverwaltungsbeamten wird die Bündelung regionalpolitischer Aufgaben von den Kommunen grundsätzlich sehr positiv eingeschätzt. Die Ämter für regionale Landesentwicklung haben ihre Funktion als Vernetzungsplattform unter Beweis gestellt – vor allem bei den besonderen Herausforderungen wie dem Masterplan Ems, Konversionsfragen, dem kommunalen Entwicklungsplan der Stadt Braunschweig, dem Südniedersachsenprogramm, der Gewährung von Kofinanzierungshilfen für EU-Projekte, der Flüchtlingsintegration, den Hochwasserhilfen, der Bewältigung des demografischen Wandels oder dem Bau von Energieleitungsstrassen im Kontext der Energiewende.

**Frage 3:** Bedeutet die Aussage in der Pressemitteilung der Staatskanzlei vom 17. Januar 2018, die Ämter für regionale Landesentwicklung hätten ihr Potenzial noch nicht ausgeschöpft, da sie bisher nicht über entscheidende Kompetenzen verfügten, dass diese entsprechend den Modellen 2 und 3 des Gutachtens zusätzliche Kompetenzen erhalten sollen? Wenn ja, welches Modell mit welchen zusätzlichen Kompetenzen strebt die Landesregierung an?

**Antwort Honé:** Um das Potenzial für eine strategische Steuerung von regionalen Interessen voll auszunutzen, sollen die Ämter für regionale Landesentwicklung stärker als bisher Impulse für künftige Wachstumspotenziale geben. Mit der Frage, welche Aufgaben konkret auf die Ämter für regionale Landesentwicklung übertragen werden sollen, wird sich die einzusetzende Regierungskommission beschäftigen, die die Landesverwaltung zeitnah unter Einbeziehung wissenschaftlicher Expertise einer Revision unterziehen und Vorschläge zu deren Vereinfachung und Optimierung erarbeiten soll. Ziel muss es dabei sein, Kundenorientierung und Transparenz aufzubauen, Effektivität und Wirtschaftlichkeit zu erhöhen, Entscheidungsprozesse zu beschleunigen, klare Zuständigkeiten zu sichern, organisatorische Schnittstellen zu reduzieren und Synergien zu schaffen. Im Interesse der Wirtschaft und der Kommunen sollen raumübergreifende Großgenehmigungsverfahren in einer Hand zusammengeführt und effektiv gestaltet werden.

Die Landesregierung hat mit der Schaffung der Ämter für regionale Landesentwicklung in 2014 sehr früh die Stärkung der ländlichen Räume in den Mittelpunkt ihres Handelns gestellt. Insofern sage ich Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass dieses Ziel, das wir mit der Verwaltungseffizienz verbinden, und das, was die Regierungskommission erarbeiten soll, auch Auswirkungen haben wird für viele Projekte, die in den ländlichen Räumen stattfinden werden.

Ich hoffe, dass ich die Fragen damit fürs Erste beantwortet habe, und freue mich auf Ihre Zusatzfragen. – Vielen Dank.

### **Zusatzfragen und Antworten der Ministerin**

**Dr. Dörte Liebetruth (SPD):** Welche Synergieeffekte ergeben sich durch die Bündelung von Förderprogrammen in den Ämtern für regionale Landesentwicklung?

**Birgit Honé:** Es ergeben sich gute Synergieeffekte in den Bereichen Städtebauförderung und Dorfentwicklung. Das Programm zur Förderung kleiner Städte und Gemeinden wird in ländlichen Räumen zusammen mit Dorfentwicklungsmaßnahmen sehr intensiv genutzt. Viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sagen mir, dass es hier zu ausgesprochen guten Erfolgen und Synergien kommt.

**Dr. Alexander Saipa (SPD):** Ich frage die Landesregierung ganz konkret, wie eigentlich die kommunalen Hauptverwaltungsbeamten, also die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,

Landrätinnen und Landräte, die Arbeit bzw. die Beratungsfunktion der Ämter für regionale Landesentwicklung bewerten. Können Sie dazu noch etwas ausführen?

**Birgit Honé:** 82 Prozent der befragten Hauptverwaltungsbeamten beurteilen die Bündlungsfunktion positiv. 80 Prozent bezeichnen die Zusammenarbeit als ausgesprochen kooperativ. 74 Prozent haben angegeben, dass die Ämter konstruktiv und unterstützend sind. 63 Prozent haben die Kümmererfunktion der Ämter hervorgehoben.

Ich kann Ihnen aus vielen Gesprächen sagen, die ich mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern führe, dass die Ämter als sehr hilfreich angesehen werden. Sie haben vielleicht gesehen, dass wir in die Koalitionsvereinbarung auch eine Passage aufgenommen haben, dass wir ein Programm für die kleinen und mittleren Städte auflegen wollen, die in den ländlichen Räumen eine ganz wichtige Funktion als Träger der Daseinsvorsorge haben. Darüber hinaus wirken sie attraktivitätssteigernd für diese Regionen. Das haben wir auch deshalb gemacht, weil wir aus den Gesprächen mit den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen wissen, dass dort viele Aufgaben liegen, die auf dieser Ebene nur noch mit ganz viel Mühe, wenn überhaupt, erfüllt werden können.

Sie alle kennen die Programme, die von Brüssel kommen und die zu unserem großen Leidwesen immer noch ausgesprochen bürokratisch ausgestaltet sind. Die Ämter beraten auch hierbei – das ist ja eine zentrale Aufgabe – die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen intensiv und helfen ihnen, Projektanträge erfolgreich zu stellen. Insofern wird die Arbeit von den kommunalen Ebenen als äußerst gewinnbringend eingeschätzt.

Als wir uns in den letzten Jahren intensiv in Niedersachsen umgeschaut haben, haben wir uns bezogen auf die Disparitäten gefragt: Woran liegt es eigentlich, dass bestimmte Räume so strukturschwach sind, dass es dort Abwärtsspiralen gibt? Gibt es dafür Faktoren, die wir möglicherweise durch eine gezielte Unterstützung mit beeinflussen können? – Ein Faktor ist uns aufgefallen: Diese Kommunen sind gar nicht mehr in der Lage, die Kofinanzierung für die EU-Programme aufzubringen. Sie alle wissen: EU-Programme müssen kofinanziert werden. Wenn man finanzschwach ist, kann man das nicht mehr. Das führt dazu, dass die Programme, die eigentlich dafür da sein sollen, strukturfördernd zu wirken, gar nicht mehr zum Einsatz gekommen sind. Die Landesregierung hat daraufhin ein Kofinanzierungsprogramm aufgelegt. Wir haben festgestellt, dass dieses Programm ausgesprochen gut nachgefragt wird. Auch das ist ein Teil der Erfolgsgeschichte. Auch das ist ein Grund dafür, dass die kommunale Ebene die Arbeit der Ämter ausgesprochen schätzt.

**Christian Meyer (GRÜNE):** Als die Ergebnisse des Bogumil-Gutachtens vorgestellt wurden, die die Entscheidung der rot-grünen Landesregierung und die kommunale Zusammenarbeit sehr gelobt haben, hat der Kollege Schünemann für die CDU-Fraktion eine Pressemitteilung herausgegeben, die mich sehr verwirrt hat. Denn er hat gesagt, dieses Gutachten stelle keine Grundlage für die weitere Arbeit der Landesregierung in dieser Regierungskommission dar. Das ist also das Gegenteil der Ausführungen der zuständigen Ministerin. Er ist ja nicht Teil der Landesregierung. Deshalb frage ich jetzt die Landesregierung: Hat die zuständige Ministerin Honé recht, oder hat der Abgeordnete Schünemann – den ich jetzt hier gar nicht sehe, obwohl er dafür zuständig sein soll – mit seiner vernichtenden Kritik am Bogumil-Gutachten recht?

**Birgit Honé:** Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir der Auffassung sind, dass es gut war, die Begleitevaluation zu machen. Wir werden die Erkenntnisse, zu denen Herr Bogumil gekommen ist, in die Arbeit der Regierungskommission einbeziehen. Was am Ende dabei herauskommen wird, werden wir sicherlich in zweieinhalb Jahren hier gemeinsam diskutieren.

**Dirk Adomat (SPD):** Welche Rolle kommt den Ämtern für regionale Landesentwicklung im Kontext des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung zu?

**Birgit Honé:** Die Arbeit zwischen dem Zukunftsforum und den Ämtern war äußerst intensiv. Die Landesbeauftragten waren auch Teil des Zukunftsforums und haben das sehr aktiv begleitet. Wir haben in allen vier Landesteilen Konferenzen zu dem Thema „Demografischer Wandel“ durchgeführt und uns dabei sehr intensiv mit der Arbeit des Zukunftsforums beschäftigt. Wir haben diese Konferenzen gemeinsam mit dem Zukunftsforum geplant und durchgeführt.

Des Weiteren haben wir gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Plattform aufgelegt, auf der wir alle Projekte - auch die, die vom Zukunftsforum als Best-Practice-Projekte herausgearbeitet wurden - vorstellen. Das soll den Sinn und Zweck haben, dass sich Kommunen, die eine Idee für eine Projektentwicklung haben oder die ein Thema erkannt haben, das sie gerne vertiefen wollen, nicht immer aufs Neue Gedanken machen müssen - das Rad muss nicht immer neu erfunden werden -, sondern die Kommunen und Akteure in den Regionen können diese Plattform nutzen und ein Stichwort eingeben, um dann die Auswahl zwischen einigen Projekten, die dort vorgestellt werden, zu erhalten. Das ist auch der intensiven Zusammenarbeit des Zukunftsforums mit den Landesbeauftragten und mit allen anderen Beteiligten zu verdanken.

Ich möchte mich an dieser Stelle gerne noch einmal bei den Mitgliedern des Zukunftsforums für die hervorragende Arbeit der letzten Jahre bedanken.

**Dragos Pancescu (GRÜNE):** Ich frage die Landesregierung wertfrei, ob bei der anstehenden Regierungskommission auch geprüft wird, die komplette EU-Förderung inklusive ELER einheitlich über das Europaministerium zu verwalten.

**Birgit Honé:** Ich möchte mich jetzt nicht schon im Vorgriff zu den Fragestellungen äußern, mit denen sich die Regierungskommission beschäftigen wird; denn in der Tat laufen noch die Vorbereitungen dafür. Federführend ist hierbei die Staatskanzlei. Ich kann mir allerdings nicht vorstellen, dass dieser Bereich mit einbezogen wird.

Denn es geht zunächst einmal darum, inwieweit Verwaltungsstrukturen in Niedersachsen noch besser und möglicherweise effizienter aufgestellt werden können. Es geht auch darum, im Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden noch einmal zu überlegen, wie es zukünftig mit der Aufgabengestaltung in Niedersachsen weitergehen soll. Sie wissen, dass die kommunalen Spitzenverbände auch der Auffassung sind, dass bestimmte Aufgabenbereiche kommunalisiert werden sollen.

Ich glaube, es wird darum gehen, sich in großer Offenheit die Aufgabenwahrnehmung im Land Niedersachsen anzuschauen, um dann zu prüfen, wie man die Weichen dafür stellen kann, um in bestimmten Bereichen schneller zu Ergebnissen zu kommen; das ist dringend notwendig. Ich kann das für den Bereich sagen, den ich hier vertrete. Wir bekommen von der Wirtschaft in der Tat immer wieder Hinweise darauf, dass die Genehmigungsverfahren inzwischen so komplex sind, dass man sich auch mit Blick auf die Wettbewerbssituation wünscht, dass die Strukturen so aufgestellt sind, dass es noch schneller zu Genehmigungen kommt. Insofern werden diese Dinge in der Zukunftskommission erörtert werden.

**Jörg Bode (FDP):** In Ihrer Aussage, dass die Landesämter die komplette Koordinierung der Förderprogramme in der Fläche vornehmen, und darin, dass Sie einzelne Förderprogramme auf Nachfrage der SPD ja auch noch gelobt haben, wie effizient und gut das abläuft, erkenne ich einen Widerspruch zu Ihrem Koalitionsvertrag mit der CDU auf Seite 86, wo es heißt, dass Sie die NBank zu einer vollständigen Förderbank ausbauen wollen. Wie stellt sich die Landesregierung die konkrete Aufgabenteilung und -abgrenzung zwischen einer vollständigen Förderbank NBank und einer Koordination über die Ämter für den ländlichen Raum in der Förderung vor?

**Birgit Honé:** Herr Bode, ich kann Ihnen sagen, dass die Zusammenarbeit zwischen der NBank und den Ämtern aus meiner Sicht ganz hervorragend funktioniert. Das muss auch so

sein; denn beide haben ihre Aufgaben. Die Ämter sind diejenigen, die beraten, die NBank ist diejenige, die dann umsetzt. Das wissen Sie ja auch aus Ihrer Erfahrung. Die müssen dann natürlich die Förderbescheide erstellen.

Insofern ist Ihre Frage, würde ich sagen, eine Frage, die sich erst einmal so nicht stellt. Die Frage wird sich zukünftig stellen. Das wird in der Landesregierung intensiv beraten werden müssen. Wir beschäftigen uns mit der Frage, wie es in Brüssel ab 2021 weitergehen wird. Da müssen wir dann schauen, wie viele Mittel es von Brüssel noch geben wird. Diese Fragestellung ist eine, mit der wir uns im Laufe dieser Legislaturperiode beschäftigen müssen. Die Zusammenarbeit ist hervorragend.

**Christian Meyer (GRÜNE):** Vor dem Hintergrund, dass der nicht anwesende stellvertretende Ministerpräsident, Herr Althusmann, im Wahlkampf ja erst die Abschaffung der erfolgreichen Ämter für regionale Landesentwicklung gefordert und dann, glaube ich, kurz vor der Wahl die Forderung erhoben hat, aus vier Ämtern acht zu machen, und auch konkrete Standorte benannt hat, frage ich, ob diese Forderung von Herrn Althusmann –also aus vier Ämtern acht zu machen – weiterhin Gegenstand der Prüfung der Landesregierung ist?

**Birgit Honé:** Ich will noch einmal auf die Regierungskommission Bezug nehmen, die ja die zukünftigen Verwaltungsstrukturen einer Revision unterziehen wird. Das hatte ich ja eben gesagt. Ich möchte noch ergänzen, dass die Ämter für regionale Landesentwicklung - ich habe das auch in meiner Einführung gesagt - mit den Außenstellen über insgesamt elf Standorte in Niedersachsen verfügen. Das ist für uns eine ganz zentrale Angelegenheit; denn damit sind wir in der Fläche, in den ländlichen Räumen, wo es so auf die Beratung ankommt, sehr gut vertreten.

**Stefan Wirtz (AfD):** Welche konkreten Erwartungen hat die Landesregierung hinsichtlich der Ausgestaltungen, die zu Verbesserungen führen sollen und führen müssen? Welches Potenzial will die Landesregierung dadurch freisetzen? In Kurzform: Wie will die Landesregierung unser Geld von der EU zurückholen?

**Birgit Honé:** In der Koalitionsvereinbarung steht bereits: „Bei eilbedürftigen großen Genehmigungsverfahren und dringenden regionalpolitischen Konfliktfällen (z. B. Schutzgebietsausweisungen) kann die Landesregierung die jeweils örtlich zuständigen Landesbeauftragten im Einzelfall per Beschluss mit der federführenden Projektleitung unter direkter Aufsicht der jeweils zuständigen Staatssekretäre beauftragen. Für den jeweiligen fachbehördlichen Projektbereich werden ihnen die Befugnisse als Fach- und Dienstvorgesetzte eingeräumt.“ Sie sehen, hier gibt es bestimmte Befugnisse, die die Ämter bisher nicht haben. Insofern haben wir als einen Schritt in diese Richtung das so vorgesehen. Ob es dann dazu kommen wird, dass es weitere Veränderungen geben wird, wird sich im Rahmen der Arbeit in der Regierungskommission zeigen.

**Christian Grascha (FDP):** Vor dem Hintergrund, dass der Gutachter festgestellt hat, dass die Ämter für regionale Landesentwicklung nicht über entscheidende Kompetenzen verfügen, und vor dem Hintergrund, dass zumindest meine Fraktion bei der Einführung der Ämter genau das kritisiert hat, frage ich die Landesregierung: Inwieweit wird bei der Evaluation der Ämter für regionale Landesentwicklung auch ergebnisoffen geprüft, ob eine Abschaffung der Ämter eine Option ist?

**Birgit Honé:** Es ist die Frage, Herr Grascha, wie Sie „Kompetenz“ definieren. Ich definiere auch „Beratung“ als eine Kompetenz. In meinen einleitenden Worten habe ich darauf hingewiesen, dass die Beratungskompetenz, die die Ämter mitbringen, von der kommunalen Ebene äußerst wertgeschätzt wird. Insofern bin ich der Überzeugung - das wird mir auch aus dem kommunalen Umfeld vermittelt -, dass die Ämter akzeptiert sind, dass sie sich etabliert haben. Insofern kann ich mir jenseits der Fragestellung, was in der Regierungskommission noch erarbeitet werden wird, die Abschaffung der Ämter nicht vorstellen.

**Veronika Koch (CDU):** Es gibt Entwicklungen, z. B. das Ausscheiden von Großbritannien als Nettozahler, die darauf hindeuten, dass wir mit der aktuellen Ausrichtung der Förderprogramme nicht so erfolgsversprechend wie bisher in Niedersachsen weiterarbeiten können. Gibt es bereits Hinweise, mit welchen inhaltlichen Schwerpunkten wir auch in der neuen Förderperiode erfolgreich arbeiten können?

**Birgit Honé:** Man muss sagen, dass zurzeit auf der europäischen Ebene sehr darum gerungen wird, wie es eigentlich weitergehen soll. Sie wissen, Niedersachsen hat zurzeit den Vorsitz der Europaministerkonferenz inne. Im Rahmen dieser Konferenz hatten wir vor drei Wochen ein Gespräch mit Kommissar Oettinger, der noch einmal sehr deutlich darauf hingewiesen hat, dass es einen Einnahmeverlust gibt, der sich aus 14 Milliarden Euro Einnahmeverlust durch den drohenden Brexit und einem weiteren finanziellen Bedarf in Höhe 10 Milliarden Euro speist, der sich ergibt, weil es Aufgaben gibt, die Europa jetzt neu wahrnimmt. Ich will als Stichworte insbesondere die Flüchtlingsintegration und die Grenzsicherung nennen.

Das führt dazu, dass jetzt überlegt werden muss, inwieweit es Einsparungen geben muss. Es muss überlegt werden, in welchem Bereich Einsparungen generiert werden sollen oder ob es möglicherweise dazu kommt, dass sich die Mitgliedsstaaten - insbesondere die finanzstarken Mitgliedsstaaten - noch mehr für die EU engagieren. Ich denke, es wird wie immer sein: Es wird auf eine Art von Kompromiss hinauslaufen.

Konkret zu Ihrer Frage: Wir können bisher noch nicht abschätzen, ob es mit den Struktur- und Kohäsionsfonds in der Form weitergehen wird. Wir kämpfen auf der europäischen Ebene sehr dafür. Es gibt Aussagen, aber das sind keine allgemeinen Aussagen von Europa insgesamt, sondern von einzelnen Kommissaren. Es gibt z. B. Aussagen von Herrn Oettinger, der sagt, wenn die Fonds weiterlaufen - dafür setzt er sich sehr ein -, müssen wir möglicherweise mit einer höheren Kofinanzierungsrate rechnen. Aber in der Tat haben wir bisher zu der Frage, wie und in welcher Höhe es weitergehen wird, noch keine Aussage.

Zu dem zweiten Teil Ihrer Frage will ich auch noch gern inhaltlich Stellung beziehen. Es ging um die Frage: Wird es Vorgaben von der EU geben? – Für diese laufende Förderperiode wissen Sie sicherlich, dass uns die Kommission zum ersten Mal Vorgaben im Hinblick auf Themenschwerpunkte gemacht hat, z. B. „Klima und Umwelt“. Sie hat gesagt, dass Innovation ein ganz zentrales Merkmal sein muss. Das heißt, dass die Mittel aus den Strukturfonds insbesondere für innovative Projekte ausgegeben werden sollen. Sie hat von uns verlangt, dafür eine sogenannte Innovationsstrategie aufzulegen. Das haben wir auch gemacht.

Ich sehe das so, dass diese Festlegung, nach der es auch zukünftig um mehr Innovation gehen soll, ein weiterer Schwerpunkt sein soll. Das ist das Ergebnis meiner bisherigen Gespräche. Ich gehe davon aus, dass die Kommission von uns auch für die nächste Förderperiode eine entsprechende Strategie einfordern wird.

**Marcel Scharrelmann (CDU):** Ich möchte einen weiteren Aufgabenbereich der Landesämter beleuchten und stelle daher die Frage an die Landesregierung, warum raumübergreifende Großgenehmigungsverfahren und Projekte künftig in einer Hand zusammengeführt werden sollen?

**Birgit Honé:** Ich habe in meinen Redebeiträgen schon darauf hingewiesen, dass es diesen Wunsch insbesondere aus der Wirtschaft gibt. Ich kann Ihnen aus meiner eigenen Erfahrung

– Masterplan Ems betreffend – sagen, dass es manchmal sinnvoll ist, Kompetenzen zusammen-zuführen. Wir haben das erst mal als Klausel in den Koalitionsvertrag aufgenommen, um zu schauen, welche Erfahrungen wir hier machen. Das hängt natürlich auch davon ab, ob die einzelnen Ressorts Maßnahmen identifizieren, von denen sie meinen, es wäre sinnvoll, dass diese von den Ämtern betreut werden. Ich glaube, wenn wir aus der Wirtschaft hören, dass es darum geht, Verfahren zu beschleunigen, ist eine Bündelung und Konzentration sinnvoll.

**Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE):** Angesichts immer neuer Doppel- und Dreifachstrukturen und Zuständigkeiten für die Digitalisierung frage ich die Landesregierung, ob die in der Hoheit des Agrarministeriums abgewickelte millionenschwere Breitbandförderung der Ämter für regionale Landesentwicklung in Zukunft im Digitalministerium bei unserem Digitalminister Herrn Dr. Bernd Althusmann gebündelt werden soll oder ob die Europaministerin dafür zuständig ist?

**Birgit Honé:** Bezogen auf die Frage muss ich Ihnen sagen: Da wir ebenso wie Sie erkannt haben, dass der Breitbandausbau insbesondere für unser Flächenland Niedersachsen von erheblicher Dringlichkeit ist, wir aber in der letzten Periode die Vorgabe aus Brüssel hatten, die Mittel aus dem EFRE dafür nicht mehr einzusetzen, haben wir gemeinsam entschieden - das ist sehr ungewöhnlich; ich glaube, wir sind auch das einzige Bundesland gewesen, dass dies gemacht hat - Mittel aus dem ELER zu nehmen. Ich glaube, es waren 60 Millionen Euro insgesamt. Diese haben wir erst einmal eingesetzt, um überhaupt den Ausbau vorantreiben zu können. Insofern sind diese Mittel - weil es eben ELER-Mittel sind - an das Landwirtschaftsministerium gebunden.

**Jörg Bode (FDP):** Vor dem Hintergrund, dass die Große Koalition anders, als es aufgrund des Koalitionsvertrags mit dem angekündigten Ausbau der NBank zu einer vollständigen Förderbank zu erwarten gewesen wäre, gestern im Nachtragshaushalt beim Wirtschaftsministerium die von der NBank geforderte Trägerleistung von 21 Millionen Euro auf lediglich 10 Millionen Euro heruntergedrückt hat und die Ministerin eben hier gesagt hat, dass in der künftigen Zielstruktur die Ämter für regionale Entwicklung die vollständige Beratung machen sollen, während die NBank künftig ausschließlich die Abwicklung der Förderung vornehmen soll, frage ich die Landesregierung: Wie hoch ist der hiermit ausgelöste Personalabbau bei der NBank?

**Birgit Honé:** Herr Bode, ich kann diesen Zusammenhang, den Sie eben dargestellt haben, überhaupt nicht erkennen. Ich habe auch gar nicht gesagt, dass die Vergabe von Gesamt-ZILE bei den Ämtern erfolgen. Es gibt diesen von Ihnen hergestellten Zusammenhang so nicht.

**Stefan Wirtz (AfD):** Gibt es Vorstöße der Landesregierung im Sinne des Bürokratieabbaus, diese Ämter zu verschlanken?

**Birgit Honé:** Lassen Sie es mich so sagen: Sie haben vorhin mein Ministerium und die Landesregierung aufgefordert, Mittel aus Brüssel zurückzuholen. Wenn wir Mittel aus Brüssel zurückholen sollen, geht das nur dadurch, dass wir eine sehr gute Beratung im Land initiieren. Das tun wir. Damit erhöhen wir die Summe, die wir aus Brüssel erhalten. Deshalb ist die Frage nach dem Bürokratieabbau aus meiner Sicht so nicht richtig. Wir setzen uns in Brüssel für Bürokratieabbau ein, um die Programme schlanker machen. Das ist ein ganz zentrales wichtiges Anliegen nicht nur von Niedersachsen, sondern von allen Ländern. Niedersachsen hat zurzeit den EMK-Vorsitz. Das ist bei uns ein ständiges Thema, weil wir alle der Auffassung sind, dass die Programme aus Brüssel viel zu komplex sind.

Aber noch einmal: Wenn wir gewährleisten wollen, dass möglichst viele dieser Mittel in Niedersachsen ankommen, müssen wir dabei helfen, dass die Anträge so formuliert werden,



dass die Gelder auch in Anspruch genommen werden können. Insofern sind die Ämter wichtig und notwendig, um dieses Ziel zu erreichen.

**Stefan Wenzel (GRÜNE):** Vor dem Hintergrund, dass Sie eben die von Ihnen geplante Regierungskommission angesprochen haben, frage ich Sie, ob sie nach dem bewährten Muster der Regierungskommissionen der Landesregierung zusammengesetzt wird, wonach sichergestellt ist, dass dort z. B. alle gesellschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Kräfte vertreten sind, die für dieses Thema von Relevanz sind. Beispiel ist die Regierungskommission, die im MU ressortiert.

**Birgit Honé:** Die Konzeption dieser Regierungskommission, welche Fragen dort bearbeitet werden sollen, wer als Ratgeber einbezogen und mit wem das Ganze im Einzelnen erörtert werden soll, wird zurzeit intensiv von der Landesregierung beraten. Ich kann Ihnen zum heutigen Zeitpunkt noch nichts über die Zusammensetzung sagen.